



## Inhalt

Seite 1-3: Übergriffe in  
Freiberg

Seite 4: Tatort Bahnhof

Seite 5: Weniger  
Kreativität im  
Pi-Haus

Seite 6-7: Der OB  
gedenkt

Seite 8: Meldungen

Seite 9: Leserbrief

Seite 10: Kolumnen

Seite 11: Sebnitz-Rätsel

Seite 12: Termine &  
Lyrik

# FreibÄrger

## Freibergs alternative Zeitung

Preis: eine  $\frac{3}{4}$  Mark

Nummer 21

Februar/März 2001



## Innenminister Hardraht feiert in Dresden - Neo-Nazis schlagen in Freiberg zu!

[ray/fbä] Seit November vergangenen Jahres haben Jung-Nazis in Freiberg mehrfach BürgerInnen überfallen und Körperverletzungen begangen. In den meisten Fällen machten sie aus ihrer rassistischen und faschistoiden Gesinnung keinen Hehl. Wer die Stadt Freiberg als StudentIn, als Asylsuchende/r oder als einfache/r TouristIn aufsucht, ist besonders im Umfeld des Hauptbahnhofs seiner körperlichen Unversehrtheit, die ihm das Grundgesetz an vorderster Stelle garantiert, nicht mehr sicher. Ein entsprechender Hinweis in Städteführern, der zukünftige BesucherInnen warnt, ist deshalb dringend geboten, zumal die Polizei in Freiberg der Gefahr ebenso wenig gewachsen zu sein scheint wie die Politiker im Stadtrat, denen auf ihrer Ratssitzung am 8. Februar nichts Besseres einfiel, als nach Ausstellungen über den Extremismus von links und rechts Ausschau zu halten. So als ob in den letzten 150 Jahren jemals bekennende Linke

ausländische Mitbürger aufgrund ihrer Hautfarbe zusammengeschlagen oder gar ermordet hätten. Gerade der Partei mit dem großen „C“ (für christlich) im Programm fällt zu der Bekämpfung des Neo-Faschismus am allerwenigsten ein. Während im provinziellen Freiberg CDU-Politiker wie der Oberbürgermeister Konrad Heinze und Amtsträger wie Tiefbauamtsleiter Holger Reuter ihre geistige Nähe zu völkisch-nationalistischem Gedankengut einer schlagenden Burschenschaft auch gerne öffentlich demonstrieren, wird auf Landesebene von Politikern wie Kurt Biedenkopf und Klaus Hardraht an Statistiken gefeilt, die der Bevölkerung vorgaukeln sollen, dass der „Rechtsextremismus“ in Sachsen so gut wie gar nicht existiert. In den Dämmerungen des 6. Februars schickte Sachsens Innenminister, Klaus Hardraht (CDU), eine Siegesmeldung über den Ticker der Deutschen Presse-Agentur. Die frohe Botschaft, die er der Welt verkün-

den ließ, lautete: Sachsen ist fast frei von Verbrechen der Neo-Nazis. Seine hochgerüstete und mit High-Tech bestens ausgestattete Polizei habe lediglich 61 Gewalttaten im Jahr 2000 festgestellt. Sachsen habe damit den Stand von 1991 erreicht. Was Hardraht mit der Jahreszahl „1991“ meint, wird denjenigen BürgerInnen schnell klar, die in Presse-Archiven nachschauen. Für 1991 lassen sich dort öffentliche Erklärungen von Kurt Biedenkopf finden, der trotz der rassistischen Morde und der zahlreichen Pogrome in der Bundesrepublik erklärte, dass vom Rechtsextremismus keine Gefahr ausginge. Im September 2000 hatte Biedenkopf in einem Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ erklärt: „In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.“ Die SPD im Dresdener Landtag hat Biedenkopf daraufhin attestiert, er leide unter „deutlichem Realitätsverlust“. Allein in Sachsen habe es sieben Todesfälle durch rechtsradikale Aktionen gegeben, erklärten die Sozialdemokraten, das habe 1991 in Dresden mit dem Mord am Mosambik-ner Jorge Gomondai begonnen, der nach Attacken von Skinheads aus einer Straßenbahn stürzte und Tage später starb. Ein Gedenkstein unweit der Staatskanzlei erinnert an die Gewalttat. Waren Biedenkopfs Erklärungen, die er nie öffentlich zurücknahm, schon eine grob fahrlässige Verdrehung der Tatsachen, so ist das nun verkündete Ergebnis des Innenministers Propaganda auf dem primitivsten Niveau. Die kriminellen Aktivitäten der Neo-Nazis werden so auseinander dividiert, dass entsprechende Spalten in der Statistik möglichst gering ausfallen. Gleichzeitig wird der Öffentlichkeit vorgetäuscht, dass die Polizei durch „erhöhte Präsenz, moderne kriminaltechnische Untersuchungsmethoden und eine leistungsfähige Datenverarbeitung“ alles im Griff habe. Kritische BürgerInnen werden aber auch bei den so aufgearbeiteten Daten die Teufel im Detail erkennen. Neben der vermeintlichen Rückläufigkeit rechts-extremer Gewalttaten präsentiert Hardrahts Behörde auch die Aufklärungsquote, die mit insgesamt 61,3 Prozent angegeben wird. Das bedeutet das jede 2. Straftat nicht aufgeklärt wird, die Ergebnisse polizeilicher Arbeit mehr als dürftig sind. Lächerlich wird der Hinweis auf die „Propagandadelikte“. Der

Anstieg der Fälle auf 1281 werden auf die Eintragungen im Gästebuch der Stadt Sebnitz zurückgeführt. Für derlei Erkenntnisse muß man den Polizeiapparat nicht aufblasen, da reicht das Computerkabinett einer x-beliebigen sächsischen Schule und ein Anfängerkurs für „Surfer“ in einer Klasse 9.

Bundespolitiker kommen zu ganz anderen Ergebnissen, dort wird ein Anstieg von Gewalttaten um 40 Prozent berichtet. Nach Angaben von Bundesinnenminister Otto Schily wurden von Januar bis einschließlich November 2000 insgesamt 13 753 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten registriert. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 9456. Die Gewaltdelikte gegen Ausländer stiegen dabei von 397 auf 553. Schwerpunkt der Gewalt sei eindeutig Ostdeutschland, sagte Schily. Dort sei die Hälfte der Gewalttaten begangen worden, obwohl der ostdeutsche Bevölkerungsanteil nur 21 Prozent betrage. „Auf 100 000 Einwohner in den neuen Bundesländern entfallen etwa drei Mal so viele rechtsextremistische Gewalttaten wie auf 100.000 Einwohner in den westdeutschen Ländern“, sagte Schily. „Die Relation beträgt 23 zu 7.“ Berücksichtige man den im Osten sehr viel niedrigeren Ausländeranteil, „dann kommen wir auf noch weitaus düsterere Zahlen“.

Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts für „Die Woche“ ist fast jeder zweite Jugendliche in Ostdeutschland (46 Prozent) der Meinung, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gibt. Im Westen sind 40 Prozent der 14- bis 25-Jährigen dieser Meinung. 47 Prozent der Ostdeutschen sind der Ansicht, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten gehabt habe (Westen: 35 Prozent).

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Manfred Püchel (Sachsen-Anhalt, SPD), hatte am Wochenende sogar von einem Anstieg rechter Straftaten um bis zu 50 Prozent im Vergleich zu 1999 mit knapp 10 000 Fällen gesprochen.

#### Freiberg liegt im Bundestrend!

In Freiberg sind es im wesentlichen männliche Jugendliche ab dem Alter von 14 Jahren, die ihren Rassismus durch Gewalttaten gegen ausländische MitbürgerInnen zum Ausdruck bringen. Da sie bereits in der Schule gelernt

haben (Lehrplan: Biologie), dass es verschiedene Rassen gibt, bietet die Erkenntnis, dass ihr Gegenüber eine andere Hautfarbe hat immer wieder den passenden Anlass. Sie pöbeln, rufen etwas vom „Scheiß Ausländer!“ „Deutschland den Deutschen bla-bla“ und werden handgreiflich. In einem Fall haben etliche erwachsene FreiburgerInnen zugeschaut, wie eine afrikanische Studentin im Bahnhofsgebäude beleidigt und geschlagen wurde.

Die Freiburger Polizei ist über die Entwicklung einigermaßen informiert. Nach dem Mord an dem Obdachlosen Siegfried K. präsentierte sie Zeugen ihre umfangreiche Foto-Sammlung ihr bekannter Neo-Nazis. Der für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Polizeihauptkommissar Meißner macht auch keinen Hehl daraus, dass seit geraumer Zeit eine Gruppe von 10-15 Jugendlichen aus ganz normalen Familien „Ärger“ macht. Er spricht von rechtsorientierten Jugendlichen, die spontan handeln würden und nicht organisiert. Bürgermeister Böttcher (SPD) erwähnte in seiner Antwort zu einer Anfrage von BürgerInnen im Stadtrat am 8. Februar sogar eine zweite Gruppe. Hinter solchen Äußerungen steckt natürlich eine Portion Verharmlosung, weil sie suggeriert, dass bei „Entfernung“ lediglich zweier Gruppen von Jugendlichen das Problem des Rassismus und Neo-Faschismus gelöst sei. Die Erfahrungen in Freiberg seit 1990 zeigen etwas ganz anderes. Um die Fremdenfeindlichkeit erfolgreich zu bekämpfen, muß die Gesellschaft verändert werden, die in ihrer Verfassung das Gebot der Menschenwürde an oberster Stelle setzt, in der Praxis aber dieses Recht im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen tritt. Schade, dass das Umfrage-Institut „Forsa“ keine Umfrage im Stadtrat von Freiberg gestartet hat. „Wetten dass“ das Ergebnis kaum anders ausfallen würde als bei den Jugendlichen. Eine Anfrage zur menschenunwürdigen Versorgung von Asylsuchenden mit Lebensmitteln per Gutscheinen, die den Menschen keine selbständige Wahl darüber läßt, wie sie sich ernähren wollen, wurde mit Gründen der Zuständigkeit gar nicht erst beantwortet. Das sei Sache des Landkreises, erklärte Bürgermeister Böttcher. Eben nicht! Das geht uns alle an!

## Chronik der Übergriffe in Freiberg

**Ende November** wird ein Rußlanddeutscher in der Frauensteiner Straße zusammengeschlagen und verletzt. Zwischen Immigranten aus Rußland und faschistoiden Jugendlichen hatte es bereits Wochen vorher heftige Auseinandersetzungen an der Diskothek Absalom (Freie Presse) gegeben.

Am **5. Dezember** greifen ca. 15 Jungnazis um 18.30 Uhr Jugendliche in der Burgstraße an. Ein Jugendlicher erleidet einen Schock. Die telefonisch benachrichtigte Polizei hat gerade keinen Streifenwagen zur Verfügung.

Am **9. Dezember** verprügeln nachts ca. 15 Jungnazis in der Nähe vom Obermarkt andere Jugendliche. Einen Tag später bedrohen ca. 15 rechte Jugendliche fünf linke Jugendliche nachts mit Ketten, Fahrradlenkern und Waffen. Ein Jugendlicher wird durch einen Schuß aus einer Gaspistole am Ohr verletzt. Dieses Mal müssen die Jungnazis sich wegmachen, einige kriegen Prügel ab.

Am **15. Dezember** wird ein 16-jähriger Freiburger gegen 22.00 Uhr in der Beuststraße von Unbekannten beschimpft und getreten und am Augenlid verletzt [„Freie Presse“ vom 22.12.00].

Am **17. Dezember** gegen 23.00 Uhr haben zwei unbekannte Männer an der Kreuzung von Frauensteiner und Schmiedestraße einen Mann an Rücken und Bauch durch Schläge verletzt, so dass der Geschlagene ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte [„Freie Presse“ vom 19.12.00]

**Silvesterabend und Neujahrmorgen** spitzte sich die Situation weiter zu: Ca. 12 Jungnazis greifen ca. 10 junge Linke an. In der Berthelsdorfer Str. (Nähe der Kneipe „Wartburg“) werden drei linke Jugendliche mit Stangen angegriffen, geschlagen und getreten. Einer von ihnen muß verletzt ins Krankenhaus. Später wird am gleichen Ort ein Punkkrankenhausreif geschlagen.

Am **2. Januar** gegen 18.00 Uhr: Am Bahnhof wird eine afrikanische Studentin angepöbelt, geschlagen und getreten. Keine/r von den sich in unmittelbarer Nähe stehenden BürgerInnen fühlt sich genötigt einzugreifen. Der FreibÄrger sprach mit der betroffenen Studentin, die noch immer unter dem Vorfall leidet.

Am selben Tag kommt es wenig später gegen 18.30 Uhr zu einer gefähr-

lichen Körperverletzung auf der Bahnhofstraße, zwei Freiburger (14 u. 16 J.) waren von einer Gruppe „rechtsorientierter“ Jugendlicher niedergeschlagen worden. Beide wurden stationär im Krankenhaus aufgenommen [„Freie Presse“ vom 4.01.01]

Am **18. Januar** wird gegen 21.00 ein 16-jähriger (Iraner) auf der Tschaikowskistraße von mehreren Jugendlichen beleidigt („Scheiß Ausländer“), geschlagen und getreten. [„Freie Presse“ vom 20.01.01]

In der Nacht vom **2. auf den 3. Februar** haben Jugendliche in einem Geschäft an der Körnerstraße einen Schaden von 11.000 DM angerichtet. Der pakistanische Pächter (35) war zunächst kurz vor 1 Uhr beim Verlassen seines Geschäftes von einem 16-Jährigen angepöbelt worden, der sich dort mit vier weiteren Jugendlichen aufhielt. Die Jugendlichen haben nach Polizeinformationen Parolen mit verfassungswidrigem Inhalt gerufen. Nachdem der Geschädigte fortgefahren war, drangen zumindest drei der Jugendlichen gewaltsam in das Geschäft ein und beschädigten das Inventar [„Freie Presse“ vom 05.02.01]

## Böttcher kennt nur Extremisten

[MAD] Freiberg 8.2.2001. Mit einer Flugblattaktion im Freiburger Stadtrat versuchten etwa ein Dutzend engagierte Freiburger BürgerInnen ein Zeichen gegen die rassistisch und ausländerfeindlich motivierten Übergriffe der letzten Monate zu setzen. Vor Beginn der Sitzung wurde an die StadträtInnen ein unter dem Motto „Stop dem faschistischen Terror“ stehendes Flugblatt verteilt, das eine detaillierte Chronik der Übergriffe seit November letzten Jahres enthält. Leider machten sich nicht alle Anwesenden die Mühe die Chronik zu lesen, zu lang schien ihnen bestimmt die Liste. Einige falteten die Blätter auch ungelesen zusammen oder legten sie achtlos zur Seite. Ein Stadtrat forderte sogar das Wort „faschistischen“ ersatz-

los zu streichen. Auf die an die Stadt in der Bürgerfragestunde gerichtete Forderung ein antirassistisches Stadtfest zu unterstützen und dafür den Obermarkt zur Verfügung zu stellen, entgegnete Böttcher: „Die Stadt unterstützt gerne jede sich gegen Extremismus richtende Veranstaltung.“ In Anbetracht der offiziellen Zahl rechtsextremistischer Überfälle, die noch im Sommerloch zum scheinheiligen „Aufstand der Anständigen“ führte, scheint Böttchers rechtes Auge förmlich amputiert zu sein. Als Reaktion auf die im Flugblatt beschriebene Reihe rechtsextremer Überfälle in Freiberg verwies Böttcher auf eine „Extremismusaussstellung“, die im Herbst nach Freiberg kommen soll. Ob diese Ausstellung in Zukunft derartige

Übergriffe verhindern wird, bleibt mehr als fraglich. Somit tue Freiberg bereits eine Menge gegen Gewalt und unter dem Beifall der CDU-Fraktion wandte sich Böttcher gegen antifaschistisches Graffiti an Freibergs Häuserwänden. Mit dieser Position bleibt SPD-Parteigänger Arnd Böttcher sogar noch hinter Bundesinnenminister Otto Schily zurück, der wahrlich nicht als links gilt. Zu einer öffentlichen Stellungnahme des Oberbürgermeisters Konrad Heinze (CDU) bezüglich seiner offenen Unterstützung der deutschnationalen Burschenschaft „Glück-Auf“ kam es leider nicht. Während die StadträtInnen noch bis spät in die Nacht tagten, glänzte Heinze durch Abwesenheit.



[kyu] Seit Oktober lernt Aminata Yallah\* am Studienkolleg der Bergakademie Freiberg Deutsch. Später will die 21 Jahre junge Kamerunerin Umweltwissenschaften oder Geoökologie studieren. Da kann man in Deutschland viel lernen. Dass man dafür einiges in Kauf nehmen muss, weiss Aminata spätestens seit dem 2. Januar 2001. Als sie aus den Neujahrsferien zurückkommt und gegen 18 Uhr den Bahnhof betritt, wird sie von einer Gruppe Jugendlicher mit lauten Rufen als "Scheiß Ausländer" empfangen.

Die 14- bis 16jährigen Schüler hatten schon im Dezember den Bahnhof zu ihrem Treffpunkt auserkoren und vertrieben sich hier bei einer Flasche Bier die Zeit. "Sie haben rumgeblödel, waren aber immer friedlich und sind nie auf Leute losgegangen.", erinnert sich eine Mitarbeiterin des Reisezentrums. Ganz normale Jugendliche wären sie gewesen, keine auffälligen "Glatzen", und rassistische Sprüche hätte sie von ihnen auch nie gehört. Völlig unpolitisch also. Nur einmal, als sie den Bahnhof abends nach Dienstschaft verließ, hätte einer von denen auf dem Bahnhofsvorplatz "Heil Hitler" gebrüllt. Der sei dann aber gleich von einem kahlköpfigen Freund aufgefordert worden, sich hier ordentlich zu benehmen. Mit anderen Worten, die Jungs haben sich im Griff.

Aminata hat die Gruppe, darunter einige Glatzen und mit weiss geschnürten Stiefeln Bewehrte, nicht so friedlich erlebt. Als sie die Bahnhofshalle verlassen will, verstellen ihr die Jungs den Weg. Sie bilden im Vorraum der Halle einen Kreis um sie und finden es spassig, sie hin und her zu schubsen. Die lauten Beschimpfungen hören nicht auf. Aminata erhält einen Tritt in die Nierengegend.

Und obwohl es Dienstag und erst 18 Uhr ist, Bar, Buchhandlung und Reisezentrum noch geöffnet haben, und sich in der Halle wartende Fahrgäste befinden, greift niemand ein und hilft der Studentin.

Hat wirklich niemand etwas gehört? Keiner etwas gesehen?

Was geht in den Fahrgästen vor, die den Vorraum unbehelligt passieren, während Aminata attackiert wird? Was empfinden die Menschen, denen die Angreifer bereitwillig Platz machen, den Kreis öffnen um ihn sogleich wieder zu schliessen und mit ihrem "Zeitvertreib" fortzufahren?

Die Mitarbeiterin des Reisezentrums, die zu der Zeit Dienst hatte, besteht darauf, dass sie von ihrem Platz an der Kasse den Eingangsbereich nicht übersehen kann. Die Antwort auf die Frage, ob man denn im Reisezentrum auch nicht hören könne, was in der Bahnhofshalle vor sich geht, bleibt sie schuldig. Statt-

dessen entgegnet sie: "Was hätte ich allein denn machen können?". Sie erzählt von ihren schlechten Erfahrungen mit einem Ausländer, offenbar um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, Ausländer wären immer nur unschuldige Opfer. Was aber hat das mit Aminata zu tun?

Ausserdem dürfe man sich in solchen Fällen nicht direkt an die Polizei Freiberg wenden, sondern müsse den BGS in Chemnitz bzw. Zwickau informieren. Bis der dann nach Freiberg komme, sei es zu spät...

Die Polizei wird dann auch keineswegs von der Bahn gerufen, sondern von einem Freund, den Aminata über ihr Handy bittet, sie am Bahnhof abzuholen und nach Hause zu begleiten. Aber er kann erst in einer halben Stunde da sein. Sie hat Angst, auf den Bahnhofsvorplatz zurückzukehren, um sich ein Taxi zu nehmen. Allein nach Hause laufen – dazu fehlt ihr ebenso der Mut. Nachdem ein Passant sich weigert, ihr ein Taxi vom Bahnhof 200m hinüberzuschicken, nimmt sie all ihren Mut zusammen und geht selbst. Kaum ist sie im Studentenwohnheim angekommen, meldet sich die Polizei, nimmt routiniert ihre Aussage auf, kontrolliert ihre Papiere und fragt sie, was sie denn überhaupt in Freiberg mache...

Damit ist Aminatas Geschichte jedoch noch nicht zu Ende. Eine Woche lang bleibt sie zu Hause, verlässt dann das Wohnheim nicht ohne Begleitung. Schliesslich erstattet sie Anzeige bei der Polizei. Dort legt man ihr Fotos vor, auf denen sie einen der Angreifer erkennt. Nach Auskunft der Polizei hat diese Gruppe noch am 2. Januar zwei Freiburger Jugendliche angegriffen. Ausserdem wird in einer Reihe weiterer Körperverletzungsdelikte gegen sie ermittelt. Einen organisatorischen Hintergrund sieht die Polizei nicht. Und von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit will man auch nicht reden. Also alles ganz "normal" in Freiberg?

\* Name von der Redaktion geändert



## OB Konrad Heinze gehts gut...

[mad] "Vielleicht dürfen wir zunächst feststellen: Wir leben mehrheitlich in einer guten Zeit" Dieser Satz stammt nicht etwa aus einem Science-fiction Roman, sondern aus der diesjährigen Neujahrsansprache des Freiburger Oberbürgermeisters Konrad Heinze. Derartige Reden geraten wahrlich selten zu wegweisenden Werken, jedoch gewährt dieser Erguss bezeichnende Einblicke in die Gedankenwelt des OB. Ein friedliches Deutschland rundum mit friedlichen Nachbarn meint Konrad H. gleich am Anfang zu sehen, trotz grundgesetz- und völkerrechtswidriger Kriegsbeteiligung der Bundeswehr 1999 auf dem Balkan. Gebetsmühlenartig betont er immer wieder "Uns geht es gut!" Die im Jahresdurchschnitt des letzten Jahres 387.774 arbeitslosen Personen in Sachsen kann er damit nicht gemeint haben. Aber wie so oft im Leben ist die Freude nicht ungetrübt, Heinzes Stichworte sind Gefahren aus der "rechtsextremen und linksradikalen Szene". In altbewährter Manier werden Ursache und Wirkung gleichgesetzt. Dabei herrscht an öffentlich zugänglichen Zahlen und Fakten über Verbrechen mit rechtsextremen Motiven, die Heinze verniedlichend „Gefahr“ nennt, wahrlich kein Mangel. So berichtete die Frankfurter Rundschau (Ausgabe 22.11.2000) über eine BKA-Tagung, bei der sich rund 300 Fachleute aus Polizei, Justiz und Wissenschaft mit der Entwicklung des Rechtsextremismus befassten. „Schily verwies in seiner Eröffnungsrede auf einen starken Anstieg der Straftaten mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund in diesem Jahr. Anfang der neunziger Jahre seien jährlich insgesamt 10 000 Straftaten gezählt worden, diese Zahl sei in diesem Jahr bereits nach neun Monaten erreicht worden. Dies entspreche Zuwächsen von bis zu 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, betonte der Bundesinnenminister.“ Heinzes Blindheit auf dem rechten Auge findet ihren Ausdruck in der Aus-

gabe 3/2000 der "Burschenschaftlichen Blätter". In dieser vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift für den "Deutschen Burschenschafter" gibt Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze, unter krasser Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität, der auch in Freiberg vertretenen nationalkonservativen Burschenschaft "Glück Auf" freimütig ein Interview, in dem er unter anderem die PDS als "extreme Partei" bezeichnet, die eine "Gefahr für die Demokratie" darstelle. Es stellt sich die Frage welche "Gefahr" Freibergs Oberbürgermeister Heinze bei "Linksradikalen" auszumachen glaubt, oder ist er der Meinung Graffiti sei mit den geschilderten Taten vergleichbar. Leider bleibt er die Antwort schuldig und bemüht statt dessen noch einmal seinen Leitsatz "Uns geht es gut", diesmal mit dem Nachsatz "das lassen wir uns nicht ausreden". Diese Betonung ist wahrlich nötig, denn einen Satz weiter wird von Heinze der weitere Abbau des sozialen Niveaus, was er euphemistisch als Reform bezeichnet, angemahnt. Es ist schon erstaunlich, wie ein bekennender Anhänger des Christentums sich zum Fürsprecher unsozialer Sparpolitik macht. Je weiter sich sein Handeln von der christlichen Nächstenliebe entfernt, desto mehr, so scheint es, muss er sich in Phrasen und eine gehörige Portion Überheblichkeit flüchten. Denn "Wenn wir den Zeitsprung 2000 Jahre zurück wagen, dann ragt seit dieser Zeit eine lichte Gestalt heraus: es ist Jesus von Nazareth. Er schenkte den Menschen die Religion der Liebe. Ob man religiös ist oder nicht – unsere gemeinsame Kultur geht auf Jesus von Nazareth zurück." Es muss die Frage erlaubt sein, wen der OB mit "unsere" meint, etwa die Kultur der Inkas im heutigen Peru oder die der Eskimos. Auf jeden Fall könne Menschenwürde, Nächstenliebe, Freiheit, Frieden und Toleranz nur "unserer", so Heinze "christlichen Kultur" entspringen. Bezeichnend auch, dass nach Heinzes Auffassung europäische Geschichte ausgerechnet mit der Kaiser-

krönung Karls des Großen im Jahr 800 begann. Desselben Karls des Großen, der die Sachsen erst mit blutiger Gewalt in den gleichnamigen Kriegen von der Religion der Liebe, dem Christentum, überzeugen lassen konnte. Im Zuge des angebrochenen Preußenjahres will Freibergs OB den höheren Chargen, die sich jüngst in Potsdam zur Feier des 300. Krönungsjubiläums König Friedrich I. zusammenfanden, in nichts nachstehen. Von Heinze werden die preußischen Despoten und Antidemokraten, Menschen, denen das Leben anderer, wie die zahlreichen Kriege zeigen, nichts wert war, mit den üblichen Legenden verherrlicht. Sparsamkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Leistungsbereitschaft und Pflichterfüllung waren angeblich der Stoff, aus dem das Leben der preußischen Herrscher bestand. Da sind solche kleinen Gesten wie das Verschenken eines ganzen Dorfes wohl nicht der Rede wert. Fürst von Hardenberg erhielt beispielsweise als Dank und Anerkennung für seine Dienste das Dorf Quitlitz, zum Geschenk, was danach Hardenberg heißen sollte. Jedoch, als der letzte durch die Bodenreform enteignete Nachfahre des Fürsten im Dorf beigelegt werden soll und das vom damaligen Bürgermeister abgelehnt wird, stellt dies laut Heinze einen "Tiefpunkt in der deutschen politischen und Sittengeschichte." dar. Auch das erste Bürgerbegehren in Freiberg, dass nur unter erheblicher Mißbilligung des amtierenden OB Konrad Heinze und der CDU-Fraktion stattfand, wurde am Ende noch mit einem Seitenhieb bedacht. "Es gilt immer wieder der Satz: Was nicht durchs Rathaus geht, das wird auch nicht." Es bleibt wahrlich nur zu hoffen übrig, dass diese polarisierenden nationalkonservativen Töne gepaart mit der Legendenverherrlichung einer antidemokratischen, militaristischen Monarchie, deren Kriege hunderttausende von Opfern zur Folge hatte, keinen Vorgesmack auf die Stimmung im anstehenden Wahlkampf sind.

## ...,wenn er denkt, er gedenkt...

[mad] Aus Anlaß der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz versammelte sich eine kleine Gruppe, aus PDS-Mitgliedern sowie Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze, am Samstag, den 27. Januar, auf dem internationalen Soldatenfriedhof in der Himmelfahrtsgasse. Bereits zum sechsten Mal wird hier - wie an vielen Orten - jenes zugleich erschütternden und erlösenden 27. Januar 1945 gedacht. An diesem Tag befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz, wo bis zu diesem letzten Tag Menschen in industrieller Planung systematisch ermordet wurden. Ein großer Teil der dorthin Verschleppten wurde aber auch in den nahe gelegenen Fabriken

der IG-Farben Opfer der Sklavenarbeit. Entgegen der Praxis der letzten Jahre ließ sich Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze (CDU) nicht durch seinen Stellvertreter Dr. Arnd Böttcher (SPD) vertreten. In seiner kurzen Ansprache betonte Heinze den bestehenden Schutz der Menschenwürde durch das Grundgesetz. Anhand des Mordes eines 15-jährigen Vietnamesen an einem, so Heinze, "rechtsextrem aussehenden und sicher auch seienden Mann" stellte er die negativen Folgen von Gewalt dar. Klaus Beez vom Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolger des Nazi-Regimes und Hinterbliebener e.V. fand andere Worte. Das erste Mal fiel das Wort Faschismus, was OB Konrad Heinze stets vermieden hatte. Beez wandte sich entschieden gegen die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus und betonte, dass man die Täter nicht mit den Opfern auf eine Stufe

stellen darf. Mit Blick auf die in der Sowjetunion der 30iger und 40iger Jahre sowie der nach 1945 in den von der Roten Armee befreiten Gebieten errichteten Internierungslager sagte Beez: "Es ist leider nicht auszuschließen, dass auch unschuldige Leute in den Lagern interniert wurden", jedoch seien die meisten



dort zu beklagenden Toten ein Opfer des auch außerhalb der Lager herrschenden Nahrungsmittel- und Medikamentenmangels geworden. Außerdem forderte er rasche Entschädigungszahlungen an die noch lebenden Zwangsarbeiter. Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze und Klaus Beez legten jeweils einen Kranz am Fuße des Gedenksteins nieder, vor dem sie sich anschließend verneigten. Nach dem Ende der Zeremonie hielten einige der Teilnehmer noch immer Blumen in ihren Händen, die sie in Abwesenheit Heinzes an dem etwa 10 Meter nebenan liegenden Gedenkstein für die getöteten Soldaten der Roten Armee niederlegten. Obwohl das persönliche Erscheinen Konrad Heinzes als offizieller Vertreter der Stadt zu begrüßen ist, so muss seine Rede doch verwundern. Warum führt Heinze angesichts der bisherigen Opfer rechter Gewalt, der faktischen Existenz sogenannter "National befreiter Zonen",

der Anschläge auf Gedenkstätten der Opfer des Faschismus, der beinahe täglich stattfindenden Übergriffe auf Menschen anderer Hautfarbe und Sprache, der regelmäßigen Naziaufmärsche, einer in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen ausländerfeindlichen Grundstimmung, der Wahlerfolge

rechtsextremer Parteien auf Kommunal- und Landesebene ausgerechnet den Mord an einem Mitglied der rechten Szene durch einen 15-jährigen Vietnamesen als Beispiel der in Deutschland existierenden Gewalt an? Es wird wohl kein Zufall gewesen sein, sondern sich eher in die Reihe offen rechtskonservativer Aktivitäten des Ober-

bürgermeister einfügen. An dieser Stelle sei an das Interview Heinzes in "Burschenschaftliche Blätter" (3/2000), einer Zeitung der deutschen Burschenschaft, oder an seine jüngste Neujahrsansprache erinnert, in der er verlangte, neben einem "Braunen Holocaust auch von einem Roten Holocaust" zu sprechen. Herr Beez scheint die Neujahrsansprache ebenfalls verfolgt zu haben, denn wie eine vorausseilende Entschuldigung für die Opfer stalinistischer Politik wirkt seine Bemerkung über Lager in der Sowjetunion und anderswo. Die Notwendigkeit, über Verbrechen während des Stalinismus zu sprechen, ist zweifellos vorhanden, allerdings muss sich Beez wegen des allzu oberflächlichen Anschneidens dieses Themas während dieser Gedenkveranstaltung den Vorwurf gefallen lassen, der undifferenzierten Behauptung des OB Vorschub geleistet zu haben. Oder dachte er, dass drei Sätze hierzu genügen?

### Wärmestube geöffnet, Gedenkkreuze entfernt

Infolge des im Dezember gefassten Stadtratsbeschlusses ist am 19. Januar eine Wärmestube für Obdachlose eröffnet worden. Sie befindet sich im Nebengebäude auf dem Gelände der Obdachlosenheimes, in einem Raum unter der Suppenküche. Trotz der Zweifel, die in der Diskussion um die Wärmestube geäußert wurden, ist diese sehr gut besucht. Nach dem Mittagessen in der Suppenküche warten viele Menschen, dass die Wärmestube um 13 Uhr ihre Pforten öffnet. Dort kann man in Ruhe einen Kaffee oder Tee trinken, rauchen oder reden. Um 17 Uhr wird geschlossen. Bis April soll die Wärmestube in dieser Weise zur Verfügung stehen, auf Probe, bis weiteres entschieden wird. Insbesondere sind die Trägerschaft und die Finanzierung noch zu klären.

Unbekannte haben um den 11. Januar 2001 die beiden Gedenkkreuze für die im Oktober letzten Jahres ermordeten Christa M. und Siegfried K. aus dem Pavillon im Freiburger Albertpark entfernt. Bis zum Jahreswechsel hatten Freunde und Bekannte der beiden Opfer regelmäßig brennende Kerzen und frische Kränze am Tatort niedergelegt. Sie äußerten den Verdacht, daß die Abnahme der Kreuze auf Anweisung der Stadt geschehen ist. Dies wurde auf Anfrage mehrerer Stadträte dementiert. Im Ohr aber hört man noch den Satz des OBS: „Wir wollen hier keine Wallfahrtsstätte. Ewig können die Kreuze auch nicht hängen.“

Der Prozess gegen die Mörder von Christa M. und Siegfried K. beginnt im Februar.



*Bis vor kurzem noch zu sehen. Jetzt in den Gemäuern des Rathauses?*

## Rechtsrock

Zum Thema Rechtsrock spricht Alexander Hoffmann, Rechtsanwalt, vertritt u.a. Freibergs Alternative Zeitung den „FreibÄrger“ in Person des presserechtlich Verantwortlichen Jan Jeskow im am 26. Februar vor dem Amtsgericht Freiberg beginnenden Prozess des Freiburger Neonazis Alexander Kleber gegen den „FreibÄrger“

**wann?** am Sonntag, 25. Februar 2001, 18.30 Uhr

**wo?** in Freiberg, Bebelplatz 3, Haus der Demokratie, Sitzungszimmer im 2. Stock

White Noise, die Musik der Neonazis, ist nicht allein der „kulturelle Ausdruck“ einer neonazistischen Bewegung. Sie ist zugleich Business mit Millionengewinn und rassistische Hetze in brutalster Form. Sie steht für internationale Zusammenarbeit gegen Einfuhr- und Verkaufsverbote indizierter Musik und ist nicht zuletzt Identifikationsstifter zur Bindung an neonazistische Ideologie.

Seit 1991 produzierten über einhundert deutsche Bands knapp 500 verschiedene CDs mit überwiegend neonazistischen, rassistischen Texten in einer Stückzahl von wenigen hundert bis zu 15.000 Exemplaren. Insgesamt muss von einer Gesamtmenge von etwa 1,5 Millionen produzierten CDs ausgegangen werden. Rechtsrock hat sich

mittlerweile zu einem Millionengeschäft entwickelt. Die CDs sowie ein breites Angebot mit rassistischen und neonazistischen Accessoires wie T-Shirts oder Aufnähern werden über ein Netz von mehr als 50 Vertrieben und Labels sowie Szene-Läden vertrieben. Innerhalb dieses Produktions- und Vertriebsnetzes nehmen organisierte Neonazis eine herausragende Stellung ein. Sie haben früh erkannt, dass insbesondere über Musik massiv Einfluss auf große Teile der Jugendlichen gewonnen werden kann.

Die Entwicklung dieser von neonazistischen Einflüssen durchdrungenen Jugendkultur ist an einen gesamtgesellschaftlichen Rechtstrend gekoppelt. Die Behandlung als Subkultur, wie sie von zahlreichen „ExpertInnen“

pädagogisierend vorgenommen wird, wird der Realität der Rechtsrock-Szene nicht gerecht. Neonazistische Organisationen entwickeln planvoll die Rechtsrock-Szene zu ihrem Propagandafeld. Rechts-Rock und die dahinterstehenden Neonazi-Musik-Netzwerke sind in Deutschland inzwischen der entscheidende Motor bei der Rekrutierung von Jugendlichen in der Neonazi-Szene.

Auch wenn viele der Jugendlichen, die regelmäßig rechte Musik konsumieren, den individuellen Schritt zum organisierten Neonazi nicht vollziehen: Bei genauer Analyse der Entwicklung wird deutlich, dass es für die neonazistische Jugendkultur auf absehbare Zeit keine Nachwuchssorgen und für das damit verbundene Geschäft keine Absatzprobleme geben wird.

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT  
Kreisgruppe Freiberg - Kreisobmann  
Dr. Herbert Winter  
Max-Planck-Str. 9  
09599 Freiberg  
Tel. & Fax 0373] 71057  
dr.habert, winter@t-onhine. de  
Dr. Herbert Winter, Max.Plank-Str. 9. 09599 Frciberg  
Redaktion "FreibArger"  
Bebelplatz 3 09599 Freiberg

## Leserbrief

Freiberg, den 11.12.00

Betr.: Ihren Artikel "Freiberger Neonazi sammelt Skinheads um sich...." vorn Mai 2000

Dieser Artikel ist schlecht recherchiert und deshalb voller Fehler und Verleumdungen. In Ermangelung wirklicher Neonazis greifen Sie auf die deutschen Heimatvertriebenen zurück und bezeichnen sie wider besseres Wissen als Revanchisten. So bezeichnen Sie in der ersten Spalte die "Landsmannschaft Ostpreußen" als 'große revanchistische Landsmannschaft'. In Spalte zwei schreiben Sie von engen Beziehungen einer IWG, von der wir bis zu diesem Artikel nichts wußten, zur "Sudetendeutschen Landsmannschaft", zum "Witiko-Bund", zum „Bund der Vertriebenen“ und zu anderen. Sie kommen so auf eine scheinbar große Anzahl von revanchistischen Vereinigungen. Dabei dürften Sie wissen, daß der "Bund der Vertriebenen" die Vereinigung der Landsmannschaften ist und daß der "Witiko-Bund" wiederum ein Teil der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" ist. Es handelt sich also bei den hier genannten um den gleichen Personenkreis, - um die deutschen Heimatvertriebenen. Diese, die deutschen Heimatvertriebenen, haben bereits am 5. August 1950 "eine feierliche Erklärung abgegeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen". Darin ist enthalten:

"1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedanken an das unendliche

Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat." Und „2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Von Völkerrechtlern und von Historikern, also von unparteiischen Wissenschaftlern, wurde den deutschen Heimatvertriebenen wiederholt bestätigt, daß die Charta „ein Dokument des Friedens und der Menschlichkeit“ darstellt [Alfred M. de Zayas (Völkerrechtler, USA)]. Soweit zu den deutschen Heimatvertriebenen. Zur „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ im besonderen darf ich Ihnen aus der Satzung zur Kenntnis geben: Sie „schließt die Sudetendeutschen unbeschadet der konfessionellen, weltanschaulichen und parteipolitischen Einstellung des einzelnen, in einer Organisation zusammen.“ Das gilt so oder ähnlich für alle Landsmannschaften und damit auch für den „Bund der Vertriebenen“. Da Sie in Ihrem Artikel diese Menschen als 'revanchistisch' bezeichnen und zu 'im rechten Spektrum einschlägig bekannten Personen' zählen, haben Sie jede Glaubwürdigkeit verloren. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie zu diesem Schreiben schriftlich Stellung nehmen und daß Sie in Ihrer Zeitung eine Richtigstellung veröffentlichen.“

Glück auf!

Winter



Kolumnen

No pasaran - nirgends!

Es gibt Abschnitte im Leben eines Menschen, die sind wie das Video von Moloko zum Track: Thinks to make and do. In der neueren deutschen Literatur ist es ja sehr modern (der Begriff modern, by the way, ist nicht sehr modern) Pop-Videos und Filme zum Vergleich heranzuziehen. Um „Stimmungen auszudrücken“, wie Benjamin von Stuckradt-Barre oder Alexa von Henning-Lange es ganz „unkonventionell“ (S. Löffler über das Berliner Telefonbuch) ausdrücken würden. Es würde beispielsweise heißen: „mein Herz war gebrochen wie die Beats auf Madonnas neuester LP“, oder „die Musik fühlte sich an wie Kante es in ihrem Stück - 'Die Summe der Einzelnen Teile' besingen“, ja so wäre das. Aber nie wäre das ernstgemeint. Es ist einfach ein hippestillement um zu zeigen, dass man auf der Höhe der Zeit ist. Und da zeigt sich,

woraus die neuere deutsche Literatur besteht, eine nach Möglichkeit hippe Aneinanderreihung von Momenten der Popgeschichte, verbunden durch eine Geschichte. Bei Stuckradt-Barre dreht sich die Geschichte um ihn selbst bei der Henning-Lange wohl irgendwie auch. Egal. Beiden gemein ist, dass es in ihren Geschichten nicht um das Denken, sondern zu vorderst gegen das Denken als Tätigkeit überhaupt geht und natürlich sind die Goldenen Zitronen allemal besser als Kante. Kante sind zwar nicht aus Berlin, werden aber trotzdem überbewertet. Jetzt geneigter Leser beziehungsweise Leserin, geneigte, fragen sie sich sicherlich, was ist des „Pudels Kern“ (Goethe über Hamburger Bands), warum diese Attacke gegen die „literarischen Hoffnungen unseres Landes“ (Adolf Hitler über Ernst Jünger). Das weiß ich auch nicht. Was ich

weiß ist, dass es der Redaktion offensichtlich vollkommen egal ist was ich ihnen zumute. Telefonisch oder per e-mail wird lediglich immer wieder auf einen „Freiberg-Bezug“ gedrängt. Aber wie soll ich wissen, was die Menschen in der Region „bewegt“? (Christoph Daum über Baumann) Haben die Bewohner Freibergs nicht die selben Probleme wie alle anderen Menschen auch? Paßt mein Neugeborenes in die Tiefkühltruhe? Sitzt die Leggins? Passen die braun-weißen Socken zu den Sandalen? Warum erwähnt Fräulein Kraushaar in jeder ihrer Kolumnen Hitler? Funktioniert der Satz: Johannes Rau ist der Ronald Reagan von Sebnitz- auch umgekehrt? Wenn sie eine Antwort auf diese oder andere Fragen wissen, schicken Sie die, bitte, nicht an uns!

Luise Kraushaar

Von Konsumenten, Unzufriedenen und Anderen

oder : Steht auf und macht was !!!  
oder : Ihr seid selbst schuld an dieser verkackten Miststadt !!!

Es war einmal eine kleine verschlafene Stadt. Nicht verschlafener als andere Städte, aber doch verschlafen genug um ein gewisses Unzufriedenheitsgefühl in zumindest einem Teil der Bevölkerung zu wecken. Seit jeher wurden von diesem Teil der Bevölkerung Versuche unternommen diese Stadt ein kleines bißchen aufzuwecken. Das ging immer eine Weile gut, einiges begann sich zu regen. Doch dann nahmen diese Versuche immer wieder ein jähes Ende, und meistens kam das so: Nachdem also die Unzufriedenen, die Unzufries, eine Menge Wecktechniken ausprobiert hatten und begonnen hatten konstante Weckarbeit zu leisten, merkte ein Großteil nach einer Weile, daß die Stadt ja nun nicht mehr ganz so verschlafen war. Das war natürlich schön, sie wurden zufriedener und entwickelten sich schließlich zu Konsumis, obwohl das eigentlich die waren, die sie früher wecken wollten. Sie freuten sich darüber, daß

die Stadt ein bißchen wach gehalten wurde und nutzten die Möglichkeiten, die ihnen die Unzufries boten. Leider vergaßen sie darüber ihre Weckkraft und ihr Handeln beschränkte sich darauf die Ausgeschlafenheit der Unzufries auszunutzen. Wenn den Konsumis aber die Angebote der Unzufries nicht gefielen, ließen sie die allein, denn die Inhalte der Weckarbeit waren vielen schon lange egal geworden. So schafften es die Konsumis auch nicht mehr, eigene Weckideen zu entwickeln. Das hatte natürlich schlimme Folgen. Die Unzufries mußten all ihre Kraft aufwenden, um die Stadt einigermaßen am Dösen zu halten. Alte Weckerfolge blieben aus und sie stießen immer wieder auf Grenzen, weil sie nur noch so wenige waren. Sie wurden immer unzufriedener, weil sie den drohenden komaartigen Tiefschlaf der Stadt ständig vor Augen hatten. Resignation machte sich breit unter den Unzufries. Hatte es noch Sinn Leute zu wecken, die gar nicht wach werden wollen, machte der Versuch noch Sinn, geweckte Leute wach zu halten, die doch schon wieder kurz vorm Ein-

schlafen waren und denen es egal war, ob sie wach waren oder schliefen?

Einen Teil der Unzufries verließen die Kräfte und sie schliefen ein, andere wurden unzufriedene Konsumis und der kleine Rest ging in andere verschlafene Städte, um dort sein Glück neu zu versuchen und die Schlafenden mit Alpträumen zu überziehen. Die Stadt versank in einen tiefen, tiefen Tiefschlaf. Nach einiger Zeit merkten die Konsumis nun, daß die Stadt wieder eingeschlafen war. Doch die meisten hatten ihren Wecksinn schon lange verloren, um etwas dagegen zu unternehmen und sie folgten den Unzufries in die anderen Städte, weil sie gehört hatten, daß es dort noch aufgeweckte Leute gibt. Die anderen Konsumis aber rafften sich wieder auf, denn sie waren unzufrieden geworden und verdammt wenig. Und wenn sie noch nicht resigniert haben oder geflohen sind, kämpfen sie noch heute in dieser Stadt gegen die Schlafkrankheit...

(... bis auch sie das Koma einholt.)

ko-ko

Sebnitz-Rätsel

1	2	3	4	5	6	7	8		9		10
11									12		
13					14				15		16
17			18	19					20		21
		22					23				
24	25					26			27		
28		29			30			31			
	32			33			34			35	
36			37			38			39		
		40			41		42	43			
44											

**Waagerecht**

- 01 Mord-und Brandanschlagsstadt in der BRD
- 09 Zukünftige Währung (Abk.)
- 11 Anhänger einer Geheimlehre
- 13 Gefahr auch von heiligen Kühen (Abk.)
- 14 Nicht aus, aber...
- 15 Das wollen die meisten Menschen werden!
- 17 Chem. Zeichen für Nickel
- 18 Paradies in der Wüste
- 20 Kartenspiel
- 22 Traumnote
- 23 Umhang, altröm. Ärmelgewand
- 24 Chem. Zeichen für Terbium
- 26 Nein (engl.)
- 27 Evangelische Kirche Dtlds. (Abk.)
- 28 Schmusewort für Zonenbewohner
- 30 Alter Ego
- 31 Stadt Ansbach-KFZ-Zeichen
- 32 Kurzform für Rhode Island
- 33 Weibl. Artikel (frz.)
- 34 Flotte Küchenhilfe
- 36 Apostel der Eskimos, dän. Grönlandforscher
- 39 Alkoholisches Getränk- kein Rum!
- 40 Pogromstadt in der BRD
- 44 Rohrbombenanschlagsort in der BRD

**Senkrecht**

- 01 Bekanntester Sächsischer Badeunfallort
- 02 Ostfriesen und Sachse (Abk.)
- 03 Badischer Landkreis-KFZ-Zeichen
- 04 Ebenso sagt der Lateiner so (Abk.)
- 05 Nein - ganz kurz gesagt!
- 06 Nobel-Schriftsteller
- 07 Nicht viele, nur ...
- 08 Neue Kerze (Abk.)
- 09 Goethes Schreckgespinnst
- 10 Kartenspielansage
- 12 Ost (engl.)
- 16 Gespräch (engl.)
- 18 Skins Gruß - warning!
- 19 Und? (engl.)
- 21 Nicht lobeln sollt ihr, sondern ...
- 23 Ach ...
- 25 Fünffacher Wimbledon Sieger - nee-nich Boris!
- 26 Augenblick auf sächsisch!
- 29 Getränkeverwerterin
- 30 Nicht hier, dort, sondern ...
- 31 Flaches Wiesengelände
- 33 More or ...
- 35 Natürliches Stopmittel für Öltanker
- 36 Fälschlicherweise in Lübeck angeklagt (Nachname)
- 37 Mitgift (Rechtssprache), Kommunikationssystem
- 38 Freundlicher Gruß im Chat
- 41 Chem. Zeichen für Tellur
- 42 Compact Disc (Abk.)
- 43 Knockout (Abk.)

**Auflösung aus der Ausgabe 20 vom Dezember 2000**

**Waagerecht:** 1. Anstand; 7. Gera; 11. Notar; 12. RA; 14. Sau; 16. Krot; 17. Kuhkaff; 19. Ensor; 21. Iro; 22. FS; 23. Esra; 24. Poet; 26. N; 27. Elfe; 31. OF; 33. ASL; 34. Omi; 35. RR; 36. Stund; 38. Pakistani; 40. CH; 42. Mus; 43. Engel; 45. Handstand; 46. TE **Senkrecht:** 1. Anke; 2. Nornen; 3. Stoss; 4. Tatort; 5. AR; 6. Druide; 8. ESA; 9. Raffé; 10. Aufstand; 13. Ahr; 18. Kopfstand; 20. RA; 25. Oelung; 28. Lasten; 29. Molch; 30. ZIP; 31. Orkus; 32. Frist; 37. Niet; 39. AMD; 41. Ha; 44. Le

**+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine?**

**Montag 19.2.** *Emil und die Detektive*  
10.00-11.45 Uhr  
Stadttheater Freiberg

**Dienstag 20.2.** *Der Bettelstudent*  
14.30-17.00 Uhr  
Stadttheater Freiberg

**Samstag 24.2.** *Die Olsenbande dreht durch*  
19.30-21.45 Uhr  
Stadttheater Freiberg

**Sonntag 25.2.** *Veranstaltung über Rechtsrock*  
Haus der Demokratie,  
Bebelplatz 3, 18.30 Uhr  
Kein Zutritt für Nazis!

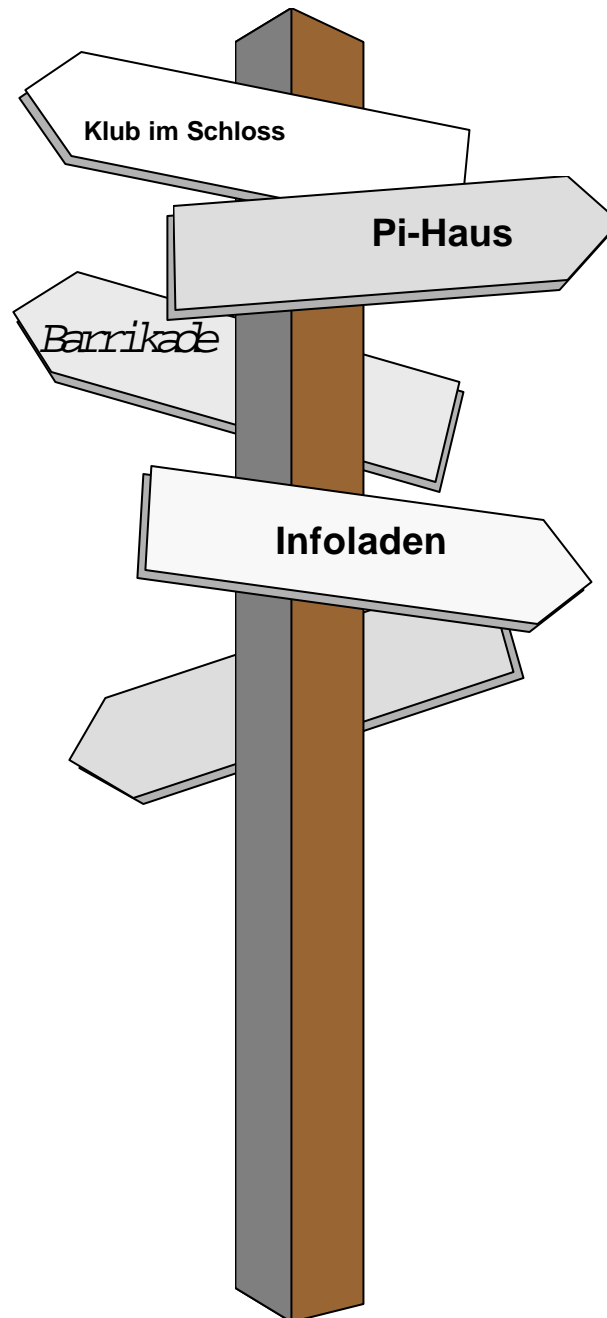
**Schlimmer-Land**

Kein schlimmer Land  
In dieser Zeit  
Als hier das unsere weit breit  
Ausländer weichen  
Vor deutschen Eichen  
Zu jeder Zeit

Da haben wir so manche Stund'  
Gesessen all in kleiner Rund  
Um Nazis zu bekämpfen,  
Rassisten zu dämpfen  
Hat guten Grund

Kein schlimmer Land  
In unsrer Zeit  
Als hier das deutsche  
Weit und breit:  
Da Nazis marschieren,  
Stärke demonstrieren  
An jedem Tag

**Lieselotte Rotenfels**



**Impressum** V.i.S.d.P.: Jan Jeskow, Freiberg Anschrift der Redaktion: FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg e-mail: freibaerger@gmx.net Druck & Verlag: Eigendruck und Selbstverlag Layout: Katmartray Satz: Kamadray Erscheinungsweise: unregelmäßig (monatlich angestrebt) Hinweis: Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne UnterstützerInnen: Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Einzelpersonen aus Freiberg.